

## **Strafzahlungen der Autobauer: Zweifel an der EU-Rechtslage wachsen**

Deutsche Autohersteller könnten zu Unrecht Milliardenstrafen an die EU zahlen. Ein Gutachten hinterfragt die Rechtmäßigkeit dieser Zahlungen.

Ein neues Gutachten bringt die Jahre währende Praxis der EU in Bezug auf Strafzahlungen von deutschen Autobauern in die Kritik und könnte weitreichende Folgen für die Industrie haben.

### **Hintergrund der CO2-Regulierung in Europa**

Die Europäische Union verfolgt seit Jahren das Ziel, die Emission von Treibhausgasen drastisch zu reduzieren, und hat dabei insbesondere die Automobilindustrie im Fokus. Fahrzeuge sind für etwa 15 Prozent der gesamten CO2-Emissionen verantwortlich. Der Plan sieht vor, dass ab 2035 keine neuen Verbrennerfahrzeuge mehr zugelassen werden. In den aktuellen Regelungen sind jedoch auch synthetische Kraftstoffe vorgesehen, die als umweltfreundlicher gelten.

### **Die Rolle der Flottengrenzwerte**

Ein zentrales Element der EU-Politik sind die sogenannten Flottengrenzwerte. Diese regulieren, wie viel CO2 jeder Hersteller pro Kilometer ausstoßen darf. Bei Nichteinhaltung drohen hohe Strafzahlungen. Im Jahr 2022 zahlten Hersteller insgesamt 3,68 Milliarden Euro an die EU. Doch ein aktuelles Gutachten des Rechtswissenschaftlers Martin Kment wirft die Frage auf, ob diese Bußgelder überhaupt rechtmäßig sind.

# **Das Gutachten: Ein neuer Blick auf die Rechtslage**

Kment, Professor für öffentliches Recht und Mitglied des Instituts für Umweltrecht an der Universität Augsburg, hat in seinem Gutachten festgestellt, dass die EU eigentlich keine Strafen von den Autobauern einfordern dürfe. Stattdessen müssten eventuelle Strafen von den Mitgliedstaaten verhängt werden. Diese Einschätzung könnte zu einer Rückerstattung von bereits gezahlten Strafen führen, sollten die Autobauer ihre Ansprüche durchsetzen können.

## **Kritik an der Messmethodik**

Ein weiterer Kritikpunkt an den bestehenden Regelungen ist die Methodik zur Messung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Kment mahnt an, dass diese überholt sei und die tatsächlichen Umweltauswirkungen nicht ausreichend berücksichtige. Er fordert eine Lebenszyklusbetrachtung bei der Bewertung der Emissionen, um die Umweltfolgen umfassend zu erfassen.

## **Zweifel an synthetischen Kraftstoffen**

Trotz des Lobby-Einsatzes für E-Fuels ist der Nutzen dieser Technologien in der Automobilindustrie umstritten. Wissenschaftler stellen fest, dass die energetischen Aufwendungen zur Herstellung von E-Fuels signifikant höher sind als die direkten Kosten zur Stromversorgung von Elektrofahrzeugen. Das Fraunhofer-Institut empfiehlt, E-Fuels nur in Bereichen zu verwenden, wo es keine wirtschaftlich tragfähigen Alternativen gibt, nicht aber im Massenmarkt für PKWs.

## **Auswirkungen auf die Industrie und den Umweltchutz**

Die Debatte über die CO2-Bestimmungen in der EU hat nicht nur rechtliche, sondern auch erhebliche wirtschaftliche und umweltpolitische Implikationen für die Automobilindustrie. Angesichts der hohen Nachteile und Kosten, die mit der Nutzung von E-Fuels verbunden sind, könnte ein Umdenken in der Branche bevorstehen. Unternehmen sind gefordert, neue Strategien zu entwickeln, um sowohl den gesetzlichen Vorgaben als auch den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**